Reich im Kampfe gegen zwei katholische Mächte, Oesterreich und Frankreich, siegreich durchgerungen hatte, und zwar wider alles Erwarten des Ultramontanismus, wie konnte es da ausbleiben, daß die mit dem Dogma der Unfehlbarkeit frisch ausgestattete Weltkirche eine Kraftprobe veranstaltete? Für die Staatsgewalt gab und gibt es dabei zwei Wege. Entweder sie betrachtet die Kirche als einen unentbehrlichen Bestandteil des Staatsorganismus. Dann kann sie mit Recht Bürgschaften dafür und die Kontrolle darüber verlangen, daß dies Organ seiner inneren Bestimmung gemäß arbeite . . . Das ist der eine Weg. Der andere ist der, daß der Staat eine reinliche Scheidung vornimmt zwischen sich und den Organen des Reiches, das nicht von dieser Welt sein sollte . . ."

Harms schildert dann, wie die evangelische Orthodoxie sich auf die Seite der Ultramontanen schlug, und wie man Falk am Oberkirchenrat scheitern ließ, um des äußeren Scheines willen, um ihn nicht am Zentrum scheitern zu lassen. „Nur so ließ sich die Behauptung aufrecht erhalten, die Staatsgewalt sei nicht nach Canossa gegangen. In Wahrheit hat sie — darüber ist heute kein Zweifel mehr möglich — den Gang nach Canossa unter Bismarck wenigstens angetreten. Ob sein dritter Nachfolger heute noch vor den Toren der mittelalterlichen Burg auf Vergebung seiner Sünden harrt, ob er schon drinnen und endgültig zu Gnaden aufgenommen worden ist — darüber braucht man sich den Kopf nicht zu zerbrechen. Auf die technischen Einzelheiten der Bitt- und Bußfahrt kommt's in unserem skeptischen Jahrhundert so sehr nicht an." Und nun zieht Harms den einzig richtigen Schluß aus diesen Vorgängen und ihren Lehren, denselben Schluß, den auch wir stets gezogen haben, zu dem man kommen muß, ob man ihn gern sieht oder nicht. „— So ist ein neuer Zusammenstoß zwischen Staatsgewalt und Ultramontanismus so unausbleiblich, wie es unmöglich ist, daß das protestantische Kaisertum der Hohenzollern katholisch werde. Eine Folge des Bismarckschen Canossa-Ganges aber wird es sein, wenn die Staatsgewalt sich in dem neuen Kampfe nicht allein auf den zuverlässigen, nationalen, bürgerlichen Liberalismus wird stützen können, und wenn sie dann, vielleicht wider Einsicht und Willen, gezwungen wird, den zweiten Weg, den der Trennung, zu gehen. Das sind Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten von viel zu ernster Natur, als daß man sie nicht — mögen sie einem nun lieb oder leid sein — fest ins Auge fassen sollte." Wie man sieht, ist des Autors Herz für den ersteren Weg, auf dem schon ein Bismarck gestrauchelt ist, und auf dem der Staat immer der Kirche ausgeliefert wird. Um so höher ist die Entscheidung zu werten, die trotzdem vor der unabwendbaren Auseinandersetzung nicht scheut und, wenn auch contre coeur, selbst den unsympathischen Weg der Trennung zu gehen entschlossen ist.

Natürlich freut es uns, zu sehen, wie die Trennungsidee marschiert, diese große Idee der Zukunft, diese Erlöserin von dem Uebel der deutschen konfessionellen Zwietracht und nebenbei von dem polnischen Uebel. Und gerade dort freut sie uns, wo sie nicht mit Kirchenfeindschaft sich paart, wo sie den Sieg des Intellekts über traditionelle Gefühle darstellt. So ist sie unzweifelhaft bei Harms zu verstehen. Und wenn man erwägt, daß Bassermann, der Führer der nationalliberalen Partei, der Harmschen Schrift sein placet gegeben, daß er selbst ein Vorwort zu ihr geschrieben hat, so darf man wohl das siegreiche Durchdringen der Trennungsidee schon heute als ein Faktum bezeichnen. Und eines Tages wird es eine Wahrheit von gestern sein. Aber wenn die Erkenntnis der Notwendigkeit einer Auseinandersetzung nun schon einmal da ist — weshalb folgt man ihr halb widerwillig, entsetzt sich an ihre Spitze zu setzen? Mit dem Erkennen allein ist es nicht getan. Es muß auch gearbeitet werden. Und hier ist die Aufgabe für den Führer einer großen Partei. Hier ist auch die „zündende Idee", nach der er so sehnsüchtig verlangt. Die Einigkeit einer Nation wird es dem Manne danken, der allem konfessionellen Hader ein tiefes Grab gräbt.

Wir können diese Betrachtungen mit voller Anerkennung für den Autor schließen, auch wenn einige Divergenzen festgestellt sein wollen, auf daß man uns nicht des Wankelmuts oder der Vergeßlichkeit zeihe. Was uns die ganze Arbeit wertvoll erscheinen läßt, ist ihr „frischer, kritischer Zug", den auch Bassermann rühmt, ihre von Tagesrücksichten freie Objektivität und ihr Mut. Deshalb glauben wir, mit diesem Artikel eine Pflicht zu erfüllen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 24. Oktober.

* **Erhebungen über die Heimarbeit.** Die vom Reichsamt des Inneren veranlaßten statistischen Erhebungen über die Heimarbeit im Deutschen Reiche haben, dem Vernehmen der „Angsb. Abendztg." nach, schon jetzt ein sehr umfassendes Material geliefert. Dessen Sichtung wird eine geraume Zeit in Anspruch nehmen, so daß die Einbringung eines den Schutz der Heimarbeiter betreffenden Gesetzentwurfes nicht so bald zu erwarten sein wird. Soweit sich bereits ein Ueberblick über die Angelegenheit ermöglichen läßt, zeigt er eine außerordentlich bedeutende Verschiedenheit der Verhältnisse und Bedürfnisse auf dem Gebiete der Heimarbeit. Diese Verschiedenartigkeit erstreckt sich nicht allein auf die Bundesstaaten, sondern auch innerhalb derselben auf die einzelnen Industrie- und Gewerbezweige. Es wird sich daher schwerlich eine einheitliche, das ganze Reich und alle Industrien und Gewerbe gleichmäßig umfassende Regelung ermöglichen lassen. Jedenfalls zeigt es sich schon jetzt, daß die Sache einer sorgfältigen Prüfung und Behandlung bedarf, und daß ein so schnelles gesetzgeberisches Vorgehen, wie es vielfach unter dem Eindruck der Berliner Heimarbeitsausstellung gefordert und erwartet worden ist, sich kaum ermöglichen lassen wird.

* **Braunschweiger Landtag.** Zu dem in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe schon kurz wiedergegebenen Bericht geht uns noch folgende ausführliche Nachricht zu: In der gestrigen Verhandlung des Landtages über die bekannten Anträge der staatsrechtlichen Kommission nahm nach einer kurzen Begründung der Anträge durch den Abgeordneten Oberbürgermeister Retemeyer Staatsminister Dr. v. Otto das Wort, um in längerer Rede auf die Resolutionen, den Bericht dazu und die Einzelverhältnisse einzugehen. Der Minister wandte sich zunächst gegen einzelne Stellen im Bericht, die den Reichskanzler betreffen und betonte dabei besonders, daß das Schreiben des Reichskanzlers erst durch das Schreiben des preußischen Ministers des Auswärtigen ins rechte Licht gesetzt werde. Weiter erklärte sich der Staatsminister mit den Anträgen der staatsrechtlichen Kommission einverstanden, ersuchte aber um Streichung des Satzes, daß auch Abschriften des Berichts der Kommission an den Herzog von Cumberland und die preußische Regierung gesandt werden sollen. Es entspräche dies nicht der diplomatischen Gepflogenheit, und zudem dürften diese Stellen bereits Kenntnis von dem Berichte haben. Ferner machte der Minister noch Bedenken geltend gegen die Forderung, die Dauer der dem Herzoge von Cumberland zu gewährenden Frist auf drei Monate zu bemessen. Er befürwortete eine kürzere Frist bezw. baldigere Wahl eines Regenten, um der Agitation im Herzogtum den Boden zu entziehen. Schließlich erklärte sich der Minister aber doch mit den Kommissionsanträgen einverstanden. Der Minister betonte nochmals, daß das Ministerium auf dem Standpunkt stehe, daß ein unbedingter Bericht des Hauses Braunschweig auf Hannover notwendig sei, bevor an die Thronfolge in Braunschweig gedacht werden könne. Er führte an der Hand der Akten aus, daß seit 30 und mehr Jahren der Landtag und die Regierung in Braunschweig auch stets auf diesem Standpunkt gestanden haben. Dann nahm der Referent der staatsrechtlichen Kommission das Wort. Er stellte es dem Landtage anheim, dem Ersuchen des Ministers entsprechend, den Passus über die Absendung der Abschriften zu streichen. Dann wurden die Anträge ohne weitere Debatte unter dem lebhaften Beifall der Versammlung in dem Sinne angenommen, daß eine Abschrift des Berichtes weder an den Herzog von Cumberland noch an die preußische Regierung übersandt werden soll.

nlc. **Zum Notstand der Winzer.** Das im Anfang November zusammentretende „Weinparlament" wird sich zumeist mit Fragen zur Vorbeugung von Weinfälschungen und einer genügenden Kontrolle nach dieser Richtung zu beschäftigen haben. Aber es treten vielleicht an diese Versammlung auch Fragen heran, die sich aus der durch die schlechte Weinernte hervorgerufenen Lage der kleinen Winzer aufdrängen. Während die preußische und badische Regierung, soweit bis jetzt zu unserer Kenntnis gelangt ist, noch keine Schritte getan haben, um einem Notstand der kleinen Weinbauern vorzubeugen, hat die württembergische Abgeordnetenkammer mit tatkräftiger Hand bereits eingegriffen. Die Kammer beschloß, die Regierung zu ersuchen, die Grundsteuer des laufenden Jahres bedrängten Weingärtnern nachzulassen und ihnen die Einkommensteuer des laufenden Jahres auf 2 Jahre zu stunden; weiterhin a) den landwirtschaftlichen Kreditorganisationen, landwirtschaftlichen Vereinen und Genossenschaften, sowie Weingärtnervereinen oder, wo solche nicht bestehen, den betreffenden Gemeinden im Benehmen mit den Ständen Notstandsdarlehen für bedrängte Weingärtner zur Verfügung zu stellen; b) durch Notstandsarbeiten den Weingärtnern etwa fehlende Beschäftigung zu beschaffen; c) die Zentralstelle für die Landwirtschaft zu beauftragen, im kommenden Frühjahr durch geeignete Belehrung die Weingärtner zeitig zur organisierten Bekämpfung der Rebkrankheiten zu veranlassen und für etwa nötig werdende weitere Instruktionen, sowie Bekämpfungsmittel gegen die Rebkrankheiten in den nächsten Etat die nötigen Summen einzustellen. Die Vertreter der Regierung äußerten sich sehr entgegenkommend. — Auch die bayerische Regierung ist in ähnlichem Sinne angegangen worden. Das Staatsministerium hat Erhebungen in den einzelnen Gemeinden angeordnet, um ein möglichst getreues Bild über die Höhe des Ernteausfalls und über die Ursachen desselben zu erhalten. Die agrikultur-botanische Anstalt in München wurde beauftragt, in Verbindung mit dem kgl. Landesinspektor für Weinbau und der kgl. Weinbau- und Obstbaumschule zu Neustadt a. H. zwecks wirksamer Bekämpfung der Peronospora und des Sauerwurms eine Sachverständigenkonferenz einzuberufen und die Bekämpfung systematisch zu organisieren.

* **Die drakonischen Verordnungen,** die das neue Einwanderungsgesetz Nordamerikas jedem Auswanderer, der sich nicht als amerikanischer Bürger legitimieren kann (also auch Touristen, Geschäftsreisenden usw., die 1. und 2. Klasse reisen), vorschreibt, hat bereits zu den größten Belästigungen der Passagiere geführt. Um diesen auszuweichen und vor allem um die Passagiere vor der Bekanntschaft mit dem Einwanderungsdepot New Yorks, der sogenannten „Steckbriefstation" zu schützen, werden bereits seit kurzer Zeit die vorgeschriebenen Messungen und Personalbeschreibungen schon vor der Ausreise in Hamburg erledigt. Diese Verschärfungen, die man als Schikanen bezeichnen kann, verlangen Angaben über: Körpermaß, Farbe der Haare, des Bartes und der Augen, Gesichtsfarbe, Farbe der Nase und des Mundes. Zu welchen Mißhelligkeiten und Unzuträglichkeiten diese Vorschriften führen, zeigt u. a. die Vorschrift in Betreff der Haarfarbe. Um ihr zu genügen, muß z. B. den orthodoxen jüdischen Frauen die nach der Glaubensvorschrift das eigene Haar vollständig verdeckende Perücke abgenommen werden, obgleich ein solches Entfernen des künstlichen Haarschmucks einen direkten schweren Verstoß gegen Sitte und Religionsgesetz bedeutet, wenn diese Prozedur in Gegenwart eines fremden Mannes oder gar von diesem selbst vorgenommen wird. Uebrigens mag hinzugefügt werden, daß sich die Hamburg-Amerika Linie bisher noch geweigert hat, diese Messungen usw. auch an Kajütspassagieren vorzunehmen, während andere Reedereien, wie die englische Cunardlinie, bereits auch ihren Passagieren zweiter und dritter Kajüte die verlangten Identitätspapiere vor der Ausreise einhändigt.

* **Zur Bekämpfung des Bestechungsunwesens bei gewerblichen Lieferungen.** Gleich anderen Handelskammern hat die Handelskammer zu Hagen in ihrer Vollversammlung vom 13. Oktober d. J. beschlossen, den in dieser Angelegenheit vom Deutschen Buchdrucker-Verein vertretenen Bestrebungen sich anzuschließen und eine Ergänzung des Gesetzes betreffend unlauteren Wettbewerb vom 27. Mai 1896 zu befürworten.

* **Das Antwortschreiben des Bergbaulichen Vereins** auf die Forderungen der Siebener-Kommission liegt jetzt im Wortlaut vor. Es lautet: Herrn W. Hammacher in Oberhausen. Essen, den 22. Oktober. Die geehrte Zuschrift vom 10. Oktober, durch die fünf Arbeiterverbände die Forderungen der in den Kohlengruben und allen Nebenanlagen beschäftigten Arbeiter uns zugestellt haben, ist in der heutigen Vorstandssitzung zur Vorlage gekommen. Der Bergbaulische Verein erklärt wiederholt, diese Verbände nicht als Vertreter der Belegschaften anerkennen zu können und ist auch selbst nicht imstande, über die Lohnfestsetzungen Erklärungen abzugeben. Er muß es deshalb den einzelnen Zechenverwaltungen überlassen, in den gesetzlich gewählten Arbeiterausschüssen zu den erhobenen Forderungen Stellung zu nehmen. Der Verein für bergbaulche Interessen. gez. Kleine.

* **Gaisert immer noch im Amt!** Als mit Befremden festgestellt wurde, daß der wegen Verleitung zum Meineid in erster Instanz zu Zuchthaus verurteilte katholische Pfarrer Gaisert nach wie vor amtiere, behauptete der „Badische Beobachter", daß diese Angabe unzutreffend sei, Gaisert vielmehr im Kloster Beuron sich befinde. Gegenüber dieser Behauptung des Karlsruher Blattes wurde dann festgestellt, daß Gaisert sich in Gündelwangen befindet und sein Kirchenamt versieht, und der „Bad. Beobachter" bemerkt nun:

Uns wurde in der vorigen Woche mitgeteilt, Pfarrer Gaisert habe sich alsbald nach dem Urteil nach dem Kloster Beuron begeben. Da auf neuere Anfrage an unterrichteter Stelle bis jetzt noch keine Nachricht eingetroffen ist, können wir nichts Sicheres mitteilen. Da aber das Urteil der Freiburger Strafkammer noch nicht rechtskräftig ist, bis die Revision beim Reichsgericht verbeschieden ist, und da es nicht viele Menschen gibt, die Pfarrer Gaisert für einen Verbrecher halten, der einen anderen zum Meineid verleiten wollte, so ist es nicht unmöglich, daß Pfarrer Gaisert nach einem Besuch in Beuron wieder in seine Pfarrei zurückgekehrt ist. Die Vorwürfe gegen die Kirchenregierung, als achte sie die Staatsgesetze in diesem Falle nicht, bleiben nach wie vor gleich deplaziert.

Da hört denn doch alles auf! Wo beläßt man sonst einen Beamten, der zu einer so schweren Strafe verurteilt wurde, im Amt bis die Revisionsinstanz entschieden hat? Und nun gar einen Geistlichen, der wegen Verleitung zum Meineid verurteilt worden ist. Welche Verwirrung der sittlichen Begriffe. Aber auch, daß der Staat dieses Hin und Her zwischen Kloster und Pfarramt bei einem Charakter gestattet, der sich so schwer vergangen hat, wäre völlig unverständlich, wenn nicht der alles beherrschende Einfluß des Ultramontanismus auch hier das Rätsel löste.

Der kommunale Skandal in Vallendar. Die Skandalgeschichte der städtischen Verwaltung der letzten fünf Jahre erfuhr in der letzten Stadtverordnetensitzung eine amtliche Bestätigung. Ein vom Regierungspräsidenten aufgenommenes Protokoll wurde verlesen. Ueber das Jahr 1900 wird berichtet, daß sämtliche Kassenbücher im höchsten Grade unordentlich und nicht kassenmäßig geführt wurden. Bei vielen Posten fehlten die Einnahmequittungen, die wirkliche Inneinnahme ist nur schwer festzustellen. Die Reste aus den Vorjahren wurden nie eingetragen, weil angeblich das Restverzeichnis verloren gegangen war. Der Steuerempfänger änderte einfach die Kontrollen ab. Der Finalabschluß wurde nie vorschriftsmäßig gemacht. Von den Empfängern wurden teilweise die Beträge gar nicht erhoben, so daß der Stadt Vallendar eine Menge Geld verloren geht. Im folgenden Jahre waren die Unregelmäßigkeiten noch schlimmer. Trotz aller dieser, auch der Regierung bekannten Zustände erfolgte die Wiederwahl des Bürgermeisters Kohls und die Bestätigung durch die Koblenzer Regierung.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Erzherzog Otto** ist aus Schloß Schönau nach Wien zurückgekehrt.

* **Besprechungen über Goluchowskis Nachfolge.** Das „Wiener Fremdenblatt" meldet: Der Botschafter in Petersburg Freiherr v. Aehrenthal wurde heute vom Kaiser in längerer Audienz empfangen und begab sich hierauf zur Kabinettskanzlei. Auch der Botschafter in Berlin v. Szögyeny-Marich wird von Kaiser empfangen werden.

Graf Aehrenthal. Ueber den bisherigen Botschafter in Petersburg, der in erster Reihe als Nachfolger Goluchowskis gilt, werden folgende Personalien bekannt gegeben. Freiherr Alois Lexa von Aehrenthal gehört einer der angesehensten Familien des verfassungstreuen Großgrundbesitzes Böhmens an. Er begann die diplomatische Karriere im Auswärtigen Amte, wurde Privatsekretär des Grafen Kalnoky, dessen besonderes Vertrauen er genoß. Dann wurde er Botschaftsrat in Petersburg, 1895 Gesandter in Bukarest. Von dort machte Aehrenthal 1899 den Sprung ins Botschaftspalais nach Petersburg. Aehrenthal gilt als zuverlässiger Freund des Dreibundes, er wurde wiederholt als Nachfolger Goluchowskis bezeichnet. Von seinen Brüdern ist einer Vertreter des böhmischen Großgrundbesitzes im Reichsrat, der andere war früher im Hofstaate des Erzherzogs Franz Ferdinand und ist jetzt Militärattaché in Tokio. Baron Aehrenthal heiratete in schon vorgerückten Jahren 1902 eine Hofdame der Erzherzogin Friedrich, die Gräfin Pauline Sztechony, und hat einen Sohn.

* **Graf Beck.** Nach Meldungen Wiener Blätter ist der demnächst zurücktretende Chef des Generalstabs Graf v. Beck zum Gardekapitän der kaiserlichen Arcieren-Leibgarde ernannt worden. Die Frage seines Nachfolgers als Generalstabschef sei noch nicht entschieden.

* **Der Ausstand der Triester Speditions-Arbeiter** ist beigelegt.

Frankreich.

* **Französische Hetzereien gegen Deutschland.** Es ist noch nicht lange her, als von französischen und italienischen Blättern im Tone höchster Entrüstung von einer deutschen Expedition durch Tripolitanien nach dem Tschadsee berichtet wurde. Daß diese Expedition von der deutschen Regierung unterstützt wurde, war selbstverständlich. Nach einiger Zeit verlautete, daß ein in englischen Diensten stehender Schweizer, namens Hans Ditscher, in der Tat eine Forschungsreise durch die Sahara nach Nigeria angetreten habe, um seinen Posten im englischen Gebiet auf diese Weise zu erreichen. Der Fall ist typisch für die seit Jahren eifrig gepflegte französisch-italienisch-englische Wühl- und Hetzarbeit gegen Deutschland. Die neueste Leistung auf diesem Gebiete ist eine Nachricht aus den „Annales Coloniales"-Paris. Unter der Ueberschrift: „Die antifranzösische Propaganda der Deutschen in Algerien" heißt es wörtlich: „Seit einiger Zeit beschäftigte die unleugbar vorhandene Agitation in der muselmännischen Welt die französischen Behörden, die nach dem Ursprung suchten. Man hat die Spuren einer vollkommenen antifranzösischen Propaganda unter den Eingeborenen entdeckt. Zahlreiche Zweige führen nach Marokko. Die Organisation steht unter Leitung eines deutschen Agenten, dessen Name wohlbekannt ist. Einer der von dem letzteren in die Gegend von Mostora abgeordneten Sendlinge, ein gewisser Cäsar Otto Albajar wurde schon seit längerer Zeit den Gerichten signalisiert. Er ist jetzt in Constantine unter der Beschuldigung der Spionage verhaftet worden." — In derselben Nummer der „Annales Coloniales" vom 11. Oktober d. J. befinden sich noch zwei Hetzmeldungen gegen Deutschland. Nach der einen wären den arabischen Aufständischen Waffen von Hamburg geliefert worden, nach der anderen soll ein gewisser Si Hamia Benheima, der frühere Stadtpascha von Larasch in Marokko, mit einer „diplomatischen Mission" nach Deutschland beauftragt worden sein. Derartige Meldungen sind bereits früher wiederholt dementiert worden, und es läßt sich nicht recht einsehen, warum der Sultan gerade jetzt eine Mission nach Deutschland schicken soll, wo der deutsche Gesandte Dr. Roux in Fez weilt. Aber man braucht etwas Unruhe in Marokko, damit die Aufmerksamkeit von diesem Lande nicht abgelenkt wird. Nun soll sogar der heilige Krieg in der Tafilelt-Oase gepredigt werden, wie die neuesten Depeschen verkünden. An allem ist nur Deutschland schuld.

* **Die Zukunft der „Humanité."** Jaurès teilt, wie unser Pariser Korrespondent schreibt, mit, daß die zahlreichen Unterstützungsbeiträge für die „Humanité" nicht nur das Fortbestehen des Blattes sichern, sondern sogar seine vergrößernde Umgestaltung gestatten.

England.

* **Parlaments-Beginn.** Am Dienstag tritt das House of Commons wieder zusammen, und an Arbeit wird es nicht fehlen; das weiß niemand besser als die „Gemeinen" selbst, denn sie haben ein hübsches Bukett von Vorlagen aus der vergangenen Tagung zurückgelassen. Das Schaffers-Programm ist geeignet, dem Kabinett einige Sorge zu machen, handelt es sich doch um 1) das Education-gesetz, 2) das Handelsrichterliche Gesetz, 3) das Lohngesetz und 4) das Schiffahrtsgesetz. Die erste Vorlage wird einen heißen Kampf mit dem Oberhause heraufbeschwören, und die Nummer 3—4 wird für Herrn Bannermann oft genug zu sagen haben: „Gott schütze mich vor meinen Freunden!" Und diese Freunde sind die Labouristen, die die ganzen Ferien über nichts getan haben, als die Liberalen zu reizen und ihnen die Freundschaft zu kündigen, falls von den Vorlagen auch nur ein Deut im Interesse der Arbeitgeber abgezogen werden sollte. Es ist der § 4 der Trade Dispute Bill, dessentwegen sie sich so erreiert haben, da diese Klausel der Kern ihres Trade-unionistischen Programms ist; nun soll sie nach Beurteilung liberaler Deputierter in der Fassung etwas löchrig sein, und Lücken für die Rechtsprechung offen lassen. Und haben dieselben recht, dann würde der Trubel von seiten der Labouristen bald genug von neuem losgehen. Und sie haben nicht unrecht, es sind ihnen bei der Wahl goldne Berge versprochen, und sie haben den liberalen Sieg durch ihre Schlappendienste in erster Reihe mit erringen helfen. Wenn sie im Hause mit eben so langen Wasserstiefeln auftreten, wie im Lande während des Sommers, dann ist Aussicht auf harte persönliche Zwistigkeiten. Und ist das Trade Union-Gesetz unter Dach und Fach, dann geht der Trubel von neuem los mit dem „Workmens Compensation-Antrag"; diese Lohn-Bill ist hart umstritten, und wie Keir Hardie selbst erklärt hat, ist sie in den bisherigen Debatten völlig „herunter und auf den Hund gebracht". Und das ständige Komitee, dem sie anvertraut ist, hat sich keine Haare deswegen in den Ferien grau werden lassen. Die Amendements sind nur so geregelt und Amendements gefallen stets nur dem Antragsteller ganz, während sie dem Gegner als Ausfluß des bösen Willens und der Verständnislosigkeit erscheinen. Nun hat die Regierung in den letzten Wochen das „Standing Committee" doch öfters zusammengetrommelt, aber sie ist „mit Amendements genudelt" worden, und das alte friedliche Unterhaus ist kein geeigneter Platz für Hahnenkämpfe! Und die „Merchant Shipings Act" Amending Bill gibt schon im Titel zu, daß sie nur ein Amendement sein will, aber die Labouristen sehen die Sache so an, daß für die Arbeiter etwas dabei herausspringen, daß der Arbeitgeber mehr dulden soll; seit dem 27. März schläft die Bill, da wurde die zweite Lesung vorgenommen, und seitdem fürchten die Arbeiter, daß sie begraben sei, und im Sommer ist heftig agitiert worden, und „Havelock Wilson Sahib", wie man unter den Lascar-Matrosen den Keir Hardie nennt, „unsern besten Freund", wird seine Leute als Lauer schon zusammenhalten. Das ist das Schema der zunächst bevorstehenden Verhandlungen, aber es ist außerdem noch ein wahrer Wust von andern Bills, d. h. Anträgen eingelaufen, und wenn man diese alle aufzählen wollte, dann würde der Tag zu kurz werden.

Der Angelpunkt der Verhandlungen wird ja das Education-gesetz werden, wo Liberale und Konservative aufeinanderprallen, und wo der Klerus die Ferien über durch allerhand rührende Geschichten von hungernden Kindern für sich und das alte System Stimmung zu machen versucht hat. Kommen dazu die gewohnheitsmäßigen Zuinten des Unterhauses: Die Home rule-Frage, die diesmal mit besonderer Heftigkeit auftreten wird, indem Redmond schon angekündigt hat, daß die Iren in Fällen, wo die Liberalen schwanken, mit den Konservativen zusammen den Labouristen beispringen und das Kabinett in die Minderheit bringen werden. Davon abgesehen, blüht mehr als irgendwo in Englands Unterhause das Recht der Interpellation, und man kann gewiß sein, wenn auch der Joe Chamberlain durch Gicht gehindert ist, sein großes Mundwerk aufzumachen, doch manche Sitzung hingehen wird, bevor die Kontinentalfragen an die Reihe kommt. Da sind zunächst die Haldaneschen Heeres- und die Tirpitzmoutschen Flotten-Reduzierungspläne, welche zu Haupt- und Staatsaktionen aufgebauscht werden sollen. Schließlich aber kann in diesen Dingen Bannermann ruhig sein: die Liberalen sind darüber mit den Labouristen einig, und somit steht hier der Turm der Government-Party unerschüttert.

Rußland.

* **Kontrebande auf Kriegsschiffen.** Aus Kronstadt wird gemeldet: Infolge der Beschlagnahme von Kontrebande-Gegenständen auf dem Kreuzer „Diana" hat der Oberkommandierende der baltischen Häfen den Kommandanten aller aus dem Auslande oder aus Finnland eintreffenden Kriegsschiffe den Befehl erteilt, über jede Entladung oder Umladung von Gegenständen dem Zollamt frühzeitig Mitteilung zu machen. — Was das für „Kontrebande" ist, scheint nicht ersichtlich: handelt es sich um Schmuggel oder um revolutionäre Schriften?

* **Die Deutschen im Kaukasus.** In der jungen nationalen Bewegung der deutschen Kolonisten in Südrußland erzählt die dortige deutsche Presse ihre Aufgabe als Mahner und Wecker zu nationaler Betätigung in erfreulicher Weise. Den vortrefflichen Blättern: „Odessaer Zeitung", „Deutschem Leben" und der Saratower „Deutschen Volkszeitung" tritt die vor drei Monaten in Tiflis ins Leben gerufene „Kaukasische Post" würdig an die Seite. Sie wendet sich an die 35 000 deutschen Kolonisten Kaukasiens und bemüht sich mit warmherzigen Worten, sie aus der nationalen Gleichgültigkeit aufzurütteln. Es scheint allerdings hohe Zeit zu sein, daß auch dort das Deutschtum kräftig aufgerüttelt wird, denn es zeigt sich von Tag zu Tag mehr, daß die durch die ununterbrochen fortdauernden Streitigkeiten mit den Armeniern verwilderten Tataren sich gegen die Deutschen zu wenden beginnen. Ihre räuberischen Instinkte treiben sie gegen die wohlhabenden und schönen Wirtschaften der Deutschen, nachdem dem alten armenischen Stammesgegner so ziemlich alles Raubenswerte geraubt ist. Die Nachrichten von Ueberfällen und Räubereien auf den Straßen gegen die Deutschen mehren sich von Tag zu Tag und können um so unverfrorener ausgeführt werden, als die dortigen russischen Staatsbeamten durchweg tartarischer Herkunft sind und nicht im geringsten daran denken, die Deutschen gegen ihre Stammesgenossen zu schützen, zumal der immer regierungstreue Deutsche auch dort das artige Kind ist, auf das man keine Rücksicht zu nehmen brauche. Es wird daher hohe Zeit, daß auch auf diesem entlegenen Vorposten das Deutschtum sich national organisiert und seinen Selbstschutz in die Hand nimmt.

* **Gouverneur Sollogub,** der seit einem halben Jahre die Verwaltung der Ostsee-Provinzen leitete und wegen seiner Strenge gefürchtet war, ist seines Amtes enthoben.

* **Todesurteile.** Das Warschauer Feldgericht verurteilte 14 Mitglieder der Kampforganisation zum Tode durch den Strang. Die Uebrigen werden vor das Kriegsgericht gestellt werden. Es handelt sich um 18 junge Leute, die auf Grund einer Anzeige am 20. d. Mts. verhaftet worden sind. Die Untersuchung gegen sie führte, nach weiteren Berichten, ein Gerichtshof von Offizieren des Wolhynier-Regiments unter Vorsitz des Regimentskommandanten. Der Mann, der, offenbar aus persönlicher Rache, die Anzeige gegen die Verhafteten erstattet hat, war bei dem Verhör zugegen. Er beschuldigte sie verschiedener, in der letzten Zeit verübter Verbrechen. Später wurden einige Agenten der Geheimpolizei den Verhafteten gegenübergestellt. Die Agenten erklärten, daß sie in Dreien der Verhafteten die Verüber des Mordanschlages auf den Polizeigenten Grün wiedererkennen. Zwei anderen soll nachgewiesen werden sein, daß sie den Mordanschlag auf den General Szwejkowskij verübt haben.

* **Flucht aus einem sibirischen Gefängnis.** In der Nacht hat eine Massenflucht von Arrestanten aus dem Irkutsker Gefängnis stattgefunden. 17 Arrestanten gelang es, zu entkommen. Ein Teil von ihnen wurde später wieder festgenommen. Neun andere Arrestanten wurden bei dem Versuche, die Flucht zu verhindern, getötet, ebenso ein Gefängnisaufseher. Zwei Wärter wurden verwundet.

Bulgarien.

* **Sarafow.** Boris Sarafow, dem es gelungen ist, in Makedonien einzudringen, inspizierte dort die ihm unterstehenden revolutionären Banden, und soll, wie mir von einwandfreier, ihm nahestehender Seite mitgeteilt wird, Makedonien mit Hilfe albanesischer Freunde bereits wieder verlassen haben. Viele untrügliche Anzeichen sprechen dafür, daß er demnächst in einem adriatischen oder Mittelmeerhafen auftauchen wird. Sein mehrwöchiger Aufenthalt in Makedonien wird vermutlich überraschende Ereignisse zeitigen. — Sarafow ist einer der unverfrorensten, verdächtigsten Gesellen, die leider Gottes noch ungehängt auf dieser schönen Erde herumlaufen. Der schamlose Bube ist der Anstifter aller der niederträchtigen Greueltaten, welche die bulgarischen Komitatschis und Makedonier begangen haben. Er versteht es aber jedesmal, seine eigene Person von allen Orten fernzuhalten, wo es für ihn gefährlich werden könnte.

China.

* **Die chinesischen Manöver.** Die jährlichen Herbstmanöver der chinesischen Armee, an denen 30 000 Mann unter dem Kommando von Juanschikai und Tieflang teilnehmen, haben am Montag ihren Anfang genommen. Den Manövern ist die Idee zugrunde gelegt, daß die Südarmee versucht, mittels der Hanlau-Peking-Bahn Peking zu erreichen, und daß die Nordarmee ohne Vorbereitung den Auftrag erhält, diesen Angriff abzuwehren. Die Truppen werden bewaffnet und zum großen Teil von ausländischen Instruktoren ausgebildet werden. Dem Manövern wohnen 30 fremde Militärattachés bei.

Marokko.

* **Die Lage im Grenzgebiet.** Unser Pariser Korrespondent schreibt uns: Seit einiger Zeit berichtet die Pariser Presse von Frankreich feindlichen Kundgebungen in Marokko. Wenn man ihren Versicherungen glauben will, wird in Marokko nichts weniger als ein „heiliger Krieg" gegen Frankreich vorbereitet. Es ist bekannt, daß die französische Presse, besonders seit der Konferenz von Algeciras, alarmierenden Nachrichten aus Marokko gern mit allerhand Uebertreibungen Raum gibt, und man tut gut, derartige Meldungen nicht allzu ernst zu nehmen. Nach den letzten Nachrichten bereiten die Bewohner der Grenzprovinz Tafilelt für Mitte November einen Einfall in das französische Gebiet vor. Ein Vetter des Sultans, Moulay Arbon, bereit angeblich die Grenzprovinzen und fordert die Bewohner auf, rechtzeitig an einem bestimmten Sammelpunkt einzutreffen. Auch der Stamm der Beni Guil, die auf französischem Gebiet wohnen, soll zur Teilnahme an dem Feldzug eingeladen sein. Zahlreiche eingeborene Soldaten der französischen Garnison Beni-Abbas im äußersten Süd-Oranais sind in der letzten Zeit desertiert. Ein räuberischer Einfall von 400 infiziertischen Reitern in das französische Grenzgebiet wurde siegreich zurückgeschlagen. Nach einer heutigen Meldung des „Matin" versucht der Gouverneur des Tafilelt, jeden Handel zwischen dem marokkanischen und französischen Gebiet zu unterbinden. Er hat die eingeborenen Kaufleute von Bechar und anderen französischen Orten mit dem Versprechen reichlicher Entschädigung aufgefordert, das französische Gebiet zu verlassen, widrigenfalls sie ausgeraubt werden sollen. Frankreich hat seine Grenzgarnisonen verstärkt. Es ist, wie die Pariser Zeitungen versichern, entschlossen, sich auf die Defensive zu beschränken und wird höchstens aus strategischen Gründen einige marokkanische Wasserstellen besetzen. Oberbefehlshaber ist General Lyautey.

SLUB
Wir führen Wissen.